

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk., halbjährlich 30.— Mk., jährlich 60.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Für 8-gelbte Jahrgänge 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitermarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die Jahrgänge Reklamestelle 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 18.9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 246. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3240.

Nr. 31

Montag, den 7. Februar 1921

12. Jahrgang

Amerika soll wiedergutmachen helfen.

Ministerkonferenz in Berlin.

Berlin, 5. Febr. (Amstich. W. T. B.) Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers fand heute eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett über die durch die Note vom 29. vorigen Monats geschaffene politische Lage statt. Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Uebersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententeforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesenden erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellung des Reichskabinetts, wie sich diese aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen vom 1. d. Mts. ergibt. —

In der Ablehnung der Pariser Forderungen herrscht ja im ganzen deutschen Volke die größte Einmütigkeit. Aufschäufte zu verurteilen ist es jedoch, daß diese Einmütigkeit schon wieder einmal in den verschiedensten Städten zu nationalistischen Demonstrationen und Provokationen mißbraucht wird. In Nürnberg beispielsweise sind vor einem Hotel, in dem eine belgische Kommission untergebracht ist, patriotische Reden gehalten worden, und auf dem Hotel wurde eine schwarz-weiß-rote Fahne gehißt. Daß solche Kundgebungen im Auslande den übelsten Eindruck erwecken und die Hartnäckigkeit der Gegner Deutschlands nur verstärken können, ist selbstverständlich. Dieser Eindruck spiegelt sich auch in der nachstehenden Rede Lloyd Georges:

London, 5. Febr. In seiner ans Anlaß der Verleihung des Ehrenbürgerrechts in Birmingham gehaltenen Rede erklärte Lloyd George, daß es unmöglich sei, den Weltfrieden wiederherzustellen, bevor in Mitteleuropa normale Verhältnisse herrschen. Die erste Vorbedingung dafür sei die Wiederherstellung eines wirklichen Friedens, der abhängt von der Respektierung der Friedensverträge. Deutschlands Militärmacht müsse unumkehrbar abgebrochen werden; es habe aber noch immer zuviel Kriegsmaterial und Munitionsherstellungsmaschinen und zuviel ausgebildete Mannschaften. Lloyd George behandelte hierauf die schwierige Frage, Deutschland die Reparation zahlen zu lassen, ohne daß dabei dem Empfänger Schaden zugefügt werde, z. B. durch billige Ware, was Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte, und die Frage der Wechselkurse. Einmal, ein außerordentlich aufrichtiger Staatsmann. Klarte darüber, daß die Rechnung der Alliierten nicht vollständig sei. Lloyd George sagte: Deutschland könne die Gesamtrechnung heben, die fertig vorliegt; er rate jedoch zur Annahme der bereits vorgelegten Rechnung. Deutschland möge sich nicht durch augenblickliche Lebensschwierigkeiten dazu hinreißen lassen, die Torheit von 1914 zu wiederholen. Deutschland sei noch nicht so besteuert wie Frankreich und Großbritannien. Die Forderungen der Alliierten seien gerecht und müßten durchgesetzt werden. Wenn alternative Vorschläge unterbreitet werden würden, so würden sie ehrlich in Betracht gezogen werden. Versuche, einer Zahlung zu entgehen, können nicht geduldet werden. Nichts könne die Alliierten dazu verleiten, eine strenge Aktion zu unternehmen, als das Gefühl, daß sie dem Deutschland von 1914 gegenüberstünden.

Paris, 5. Febr. Der „Temps“ bringt einen Auszug aus der Rede Lloyd Georges in Birmingham, wonach der englische Premierminister dort erklärt hat, es sei nötig, daß das Land, welches Schaden angerichtet habe, seine Verpflichtungen gegenüber den beiden Ländern erfüllt, die die Opfer eines unprovokierten Angriffs geworden seien. Man sage, die deutsche Autokratie hätte den Krieg verursacht und nicht das deutsche Volk. Das ganze deutsche Volk einschließlich der Sozialisten sei verantwortlich für den Krieg, und alle würden sich gern in die Siegesbeute geteilt haben. (Als ob das die Franzosen und Engländer nicht genau so gut getan hätten. D. Red.) Schließlich erklärte Lloyd George, es sei falsch, daß man daran denke, dem deutschen Arbeiter ein wirtschaftliches Effamentum aufzuzwingen. Sollte der französische Arbeiter bezahlen, der während des Krieges dem Eindringling herabstieg? Sei es notwendig, daß Frankreich mit einer schweren Last befragt wird, während sich Deutschland ihr entzieht? Niemals! Einmal habe während der Konferenz in Spa den Eindruck eines gerechten und anständigen Mannes gemacht; aber wer vertrete das heutige Deutschland? Sei es der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, oder seien es die Männer von 1914? Man werde niemals gestatten, daß die Klassen, die den Krieg provoziert haben, den Mächten Trost bieten. Die letzte Erklärung des Premierministers soll nach der Meldung des „Temps“ einen stürmischen Beifall gefunden haben. Die

Alliierten wollten keine strengen Maßnahmen gegen Deutschland ergreifen, es sei denn, daß sie sich noch dem Deutschland von ehemals gegenüberbefänden. Die Alliierten arbeiteten an einer gemeinsamen Sache der Gerechtigkeit, und sie würden beweisen, daß sie zu diesem Zweck mehr denn je geeinigt seien.

Die Einladung zur Londoner Konferenz.

Berlin, 5. Febr. Der französische Botschafter hat gestern im Auftrage des Präsidenten der Pariser Konferenz anlässlich eines Besuches beim Reichsminister des Auswärtigen mündlich die Einladung übermittelt, zum 1. März deutsche Delegierte nach London zu entsenden. Der Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten.

Paris, 5. Febr. In belgischen Regierungskreisen geht das Gerücht, daß die Londoner Konferenz bis nach dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten vertagt würde. „Trois Belge“, die dies Gerücht widerlegt, bemerkt, es sei nicht unmöglich, daß Amerika an der Londoner Konferenz teilnehmen würde. Im französischen Ministerium des Auswärtigen erklärt man, daß von einer möglichen Veragung der Londoner Konferenz nichts bekannt sei. Im Gegensatz dazu steht aber die nachstehende Meldung:

Paris, 5. Febr. Die „Chicago Tribune“ erfährt aus gut unterrichteter Quelle, daß die französische Regierung die Veragung der Londoner Konferenz bis nach dem 4. März, dem Datum des Amtsantritts des Präsidenten Harding, wünsche. In Frankreich hält man es für unmöglich, eine Konferenz wenige Tage zu beginnen, bevor die neue amerikanische Regierung in ihr Amt eingesetzt sei. Man wünsche, daß die neue Regierung entweder Gelegenheit habe, an der Konferenz teilzunehmen oder den amerikanischen Standpunkt bezüglich der deutschen Entschädigung bekanntzugeben. Da der amerikanische Staat an der deutschen Entschädigungsumfrage keinerlei direktes Interesse hat, wäre es wünschenswert, zu wissen, welche Wirkung die Beschlüsse der Alliierten auf die amerikanische Handels- und Finanzwelt ausüben würden.

Brlands Hilferuf an das amerikanische Volk.

Paris, 6. Febr. Briand richtet heute vormittag durch die „Chicago Tribune“ an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs in der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die auf dem Schlachtfeld für die Sache der Freiheit gekämpft hätten, sei unerlässlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, denen man jetzt gegenübergestellt sei. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Laufe von Jahrhunderten bewährt habe. Die Regierungen würden sicher von der öffentlichen Meinung in beiden Ländern unterstützt werden.

Pilsudskis Abreise aus Paris.

Paris, 6. Febr. Gestern Abend ist im Namen der französischen und der polnischen Regierung vor der Abreise Pilsudskis folgende gemeinsame Erklärung durch Haas verbreitet worden: Die Regierungen von Frankreich und Polen haben gleichmäßig befohlen um ihre eigene Sicherheit und um den Frieden von Europa sicherzustellen, abermals die Gemeinsamkeit der Interessen, die die beiden Länder vereint, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen und zu diesem Zweck für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Fühlung miteinander zu bleiben.

Verkehrsschwierigkeiten in Oesterreich infolge von Kohlenmangel.

Wien, 5. Febr. Mit Rücksicht auf den Stand der Kohleneingänge und den gegenwärtig etwas größeren Umfang des Güterverkehrs hat die Staatsbahnverwaltung eine Einschränkung des Güterverkehrs bis zum 12. Februar verfügt und nur die Beförderung bestimmter Güter, darunter von Lebensmitteln und Brennstoffen, zugestanden. Im Verkehr mit der Tschecho-Slowakei und mit dem Verkehr aus Deutschland bestehen keine Beschränkungen. Der übrige Auslandsverkehr wird bis zum 12. Februar ganz eingestellt.

Streik im deutschen Bekleidungsgerwerbe.

Nürnberg, 5. Febr. Nachdem die Verhandlungen betreffend Schaffung eines Reichstarifs für die Herren- und Knabenkonfektion gescheitert sind, haben sich die Mitglieder durch Abstimmung mit 90 Prozent für den Streik entschieden. Dieser beginnt an allen Orten am 7. Februar in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knabenkleiderfabrikation Deutschlands.

Die Ententekredite für Oesterreich.

Die nachstehenden Ausführungen, die die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ enthalten, enthalten eine neue Illustration der unzulänglichen Arbeiten der Pariser Konferenz. T. Red.

Seit vielen Wochen hat man uns auf die Pariser Konferenz der Großmächte vertröstet. Die Wiener Sektion der Reparationskommission hatte nach umfangreichen Vorarbeiten einen Plan für die „Wiederaufrichtung“ Deutsch-Oesterreichs ausgearbeitet. Nach diesem Plan sollten uns die Ententemächte einen Kredit von 250 Millionen Dollar gewähren, um unsere Versorgung mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Kohle, Saatgut sicherzustellen und uns damit den allmählichen Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft zu ermöglichen. Sir William Goode, der Präsident der Wiener Sektion, fuhr nach Paris und London, um die Gewaltigen der Westmächte seinen Plänen zu gewinnen. Unsere Christlichsozialen waren schon voll überschwinglicher Hoffnung. Hatten sie es nicht immer gesagt, daß die Entente nur deshalb so lang gewesen sei, weil sie der „sozialdemokratischen Regierung“ nicht vertrauen konnte? Eine bürgerliche Regierung werde, so haben wir es so oft gehört, ungleich leichter, ungleich größeren Kredit bekommen! Nun schien wenigstens diese eine von allen den christlichsozialen Versprechungen wahr zu werden. Schon beriet man, wie die 250 Millionen Dollar zu verwenden wären. Herr Seipel kündigte in seinem Weihnachtsartikel an, die erste Aufgabe werde die Stabilisierung der Währung sein, die die Regierung Mayr „in den ersten Monaten“ des Jahres 1921 durchführen werde. Die Nationalökonomien, die bedenklich den Kopf schüttelten und selbst mit dem erhofften Kredit die Stabilisierung der Währung in so kurzer Zeit nicht für möglich hielten, trug zorniger Hohn; es waren offenbar böswillige Rörgler, die der christlichsozialen Regierung den Erfolg nicht gönnten. Aber sehr bald nach diesen Tönen der Freude kamen schlimme Nachrichten. Es schien, daß die englische Regierung auf Sir William Goodes Projekte nicht eingehen wollte. Nun hies es die Wiener Regierung Alarm. Jeden zweiten Tag verkündeten Herr Mayr und Herr Grimm der Stadt und dem Erbkreis, daß Deutsch-Oesterreichs Zusammenbruch „unmittelbar bevorsteht“, wenn die Westmächte uns nicht sofort mit ausgiebigem Kredit zu Hilfe kommen. Solche Ankündigung war natürlich nicht ohne Gefahr und Schaden. Die Besitzenden, den von der Regierung selbst als unmittelbar bevorstehend angekündigten Zusammenbruch fürchtend, beeilten sich, sich ihrer deutsch-österreichischen Kronen zu entledigen. Alle kauften Baluten, Aktien, Waren. So stiegen Preise und Kurse in wahnwitzigem Tempo, der Kronenkurs bröckelte abermals ab, die Leuerung ward fürchtbar verschärft, die schlimmsten Gerüchte von unmittelbar drohenden Katastrophen, durchschwärmten das Land. Nur in London und Paris blieb man kühl. Die Konferenz ist nun vorüber; aber die versprochene Hilfe hat sie uns nicht gebracht.

Wohl hat sich die Pariser Konferenz der Alliierten mit uns beschäftigt. Sie hat gleich nach ihrem Zusammentritt festgestellt, daß die Verbündeten ein weitgehendes politisches Interesse haben, Oesterreich aus der gegenwärtigen Lage zu retten, und hat eine besondere Kommission mit der Aufgabe betraut, konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Aber leider hatte man keine Zeit, mit dieser Arbeit fertig zu werden. Man war damit beschäftigt, dem deutschen Volke einen Jahrestribut in phantastischer Höhe aufzuerlegen; wie sollte man, an solchem Riesenberg arbeitend, noch Mühe finden, einen der deutschen Stämme aus Hunger und Not zu retten? Zudem war die Konferenz von dem schroffen Gegenatz zwischen Frankreich und England beherrscht; hat doch Lloyd George, über die Schreibweise der Pariser Presse erbot, am zweiten Tage sogar mit seiner Abreise aus Paris gedroht. Die Franzosen, denen es vor allem darum zu tun war, das Mißverhältnis ihres Staatshaushaltes — die Staatsausgaben sind dreimal so groß wie die Einnahmen! — durch deutsche Zahlungen zu decken, wollten Deutschland einen möglichst hohen Tribut auferlegen. Die Engländer, deren Industrie, ohnehin von schwerer Krise befallen, den deutschen Wettbewerb fürchtet, wünschten Deutschland nicht durch die Verpflichtung zu allzu schweren Tributen zu gesteigerter Export zu zwingen. So war es schwer, sich zu einigen. Mit Mühe nur fand man das widerspruchsvolle Kompromiß, den Tribut nach französischem Wunsch phantastisch hoch zu bemessen und zugleich doch nach dem englischen Plan den deutschen Export, ohne den der Tribut nie eingetrieben werden kann, durch Ausfuhrzölle zu droffen. Aber der Gegenatz zwischen den beiden Verbündeten, in der Hauptfrage nur scheinbar überbrückt, tauchte bei der Erörterung der Nebenfrage, der deutsch-österreichischen, von neuem auf.

Frankreich will unseren Anschluß an Deutschland um jeden Preis verhindern. Darum will es, daß die Mächte, die Staaten selbst uns den Kredit gewähren, seine Gewährung

aber an politische Bedingungen, die uns völlig der Freiheit unserer Entschlüsse berauben, knüpfen sollen. England interessiert die Anschlussfrage viel weniger. Es hat kein Bedürfnis, seinen Staatsschatz mit Krediten an einen so fragwürdigen Schuldner, wie wir es sind, zu belasten, und möchte uns darum lieber Kredit bei privaten Kapitalisten suchen lassen. So konnte man sich nicht einigen. Man begründete sich, uns ganz allgemein der „wohlwollendsten Absichten“ der Mächte zu verpflichten, festzustellen, daß Österreich „in keinem Falle der für seinen Bestand unerlässlichen Mittel entbehren kann“ und daß man uns die zu diesem Zwecke notwendigen Kredite „entweder die eine oder die andere Art“ verschaffen werde. Schließlich wurde noch in groben Umrissen das Projekt eines Finanzbudgets mit einem Kapital von 200 Millionen Franken, das die Hilfe für uns organisieren soll, skizziert. Alle Einzelheiten aber sollen erst später einmal festgelegt werden. Wenn, wie der Himmel Ansehen ist unter Präsidenten mit bis zum 15. April gedehnt...

Sir William Goode hat für uns einen Kredit von 250 Millionen Dollar vorgeschlagen. Das sind ungefähr 277 Millionen französische Franken. Jetzt ist nur noch von 200 Millionen Franken die Rede. Sir William Goode wollte uns die Mittel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau geben; jetzt handelt es sich nur noch darum, uns gerade wieder für die nächsten Monate vor dem Verhungern zu retten. Die „sozialdemokratische Regierung“, die das Ausland so gar kein Vertrauen hat, hat in einer Zeit, in der der Friede noch nicht geschlossen ist, sich nicht im Kriegszustand mit dem Ausland zu verhalten, nur unter den größten Schwierigkeiten überhaupt zu Verhandlungen mit der Entente kommen konnten, namentlich einen Kredit von 48 Millionen Dollar, das sind ungefähr 533 Millionen französische Franken, von der Entente bekommen. Die christlichsozialistische Regierung, zu der die Entente doch so viel mehr Vertrauen hat, hat es glücklich zu unbestimmter Verheißung eines Kredits von 200 Millionen Franken gebracht. Ist am Ende das Versprechen, das bürgerliche Regime werde unteren Kredit im Ausland stärken, ebenfalls wahr gemeint wie alle die anderen christlichsozialen Versprechungen?

Aber wenn uns die Pariser Konferenz schon keine Hilfe gebracht hat, so hat sie uns dafür doch eine Lehre gegeben. Die Entente hat dem Deutschen Reich eine Kriegsgenossenschaft von 226 Milliarden Goldmark, das sind ungefähr 60000 Millionen französische Franken, auferlegt. Was Sir William Goode zu dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft für notwendig hält, sind nur 277 Millionen französische Franken, also nicht einmal der zweihundertsten Teil, nicht einmal ein halbes Prozent des Betrages, den Deutschland an die Entente bezahlen soll. Und gar was die Entente uns wirklich geben will, sind nur 200 Millionen Franken, also nur der dreitausendste Teil, nicht einmal ein halbes Promille dessen, was Deutschland der Entente bezahlen soll. So leicht könnte uns das Deutsche Reich helfen, wenn die Entente ihm nur einen ganz winzigen Teil dessen, was sie ihm auferlegt, erlassen wollte! Reicht das nicht eindringlich genug, wie unvernünftig nicht mehr der Anschluss an Deutschland uns helfen könnte als alle Kreditverleihungen der Entente?

Ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 4. Febr. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der Welt folgenden Aufruf:

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden.

Die europäischen Mächte, die angeblich den Völkern Frieden bringen wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Inneren Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei muß eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit zur höchsten Ehre Gottes und der Menschlichkeit.

Der Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege gelitten. Hier so Jahre sollen die Menschen, die unter der Last ihrer Hände, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschreiben können, ihre Kinder und Kindeskinde leben verkümmern und sterben. Sie selbst sollen wie die Lebewesen am Ozean gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben. Ungefähr ebensoviel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll

Stiefkinder des Glücks.

Man von Maria Linden.

Novellenserie

„Warte mal in den Augenblicken, per Hinausgetreten, der Handhabung, die erfindet, daß ich dich, doch sie schritt weiter, denn sie wollte um seinen Tisch nach Tisch urteilen. Das ganze Mädchen erweckte sich, als es das Gefühl von Magentrieben wahrnahm und sich über das Tüchlein zu erheben. Es sah sich beständig nach dem Tisch, war, eilend, es bei der herrlichen Tischplatte, daß es ein Hausfrau war, ein ganzes Leben war.“

„Warte mal!“ rief Bertel, erwiderte aus. „Sind Sie es oder sind Sie es nicht?“

„Ich bin es in Bekleidungsart,“ versetzte der Hausherr, dann fragte er belohnt.

„Wo kommt die her, mein Goldfisch? Wie kommt du jetzt auf die Landstraße?“

„Und wie kommen Sie an einem Sonntagabend, wo Sie zu trinken auf die Landstraße?“

„Sie auf mein Tischchen?“ forderte der Hausherr, das junge Mädchen auch. „Ja, bei du im Trachten und wir können besser plaudern.“

„Er half Bertel auf den hohen Stuhl, hüllte sie warm in eine Fledermaus und erzählte: „Das Hausfrau hat die Tüchlein selbst geholt. Es muß dir heute Glück haben. So daß ich anerkenne, daß der Abend herrlich war, und dann habe ich mich auf den Weg gemacht. Ich hätte zu große Befürchtung nach meiner Frau und meinem Kindern.“

„Sie, Frau Bertel,“ sagte Bertel, „wenn es nur dem Tüchlein war, daß es in solch Unruhe kam. Es wird jetzt ruhig sein.“

Die Neugestaltung des Danziger Polizeiwesens

haben wir bereits vor einiger Zeit an Hand der der Presse gegebenen Informationen kritisch beleuchtet. Soweit die veröffentlichten Nachrichten erkennen lassen, soll die „Vereinheitlichung“ des Polizeiwesens bei Trennung der Polizei in zwei getrennte Abteilungen erfolgen. Wir haben in unserer kurzen Betrachtung unsere Bedenken, die wir gegen einen derartigen Ausbau haben, zum Ausdruck gebracht. Soweit die letzten Nachrichten über die gezielte Neugestaltung des Polizeiwesens überhaupt mitteilbare Unterlagen zur Verfügung stehen, nun wird in dieser Hinsicht wenigstens etwas der Klarheit gelistet, indem die Danziger Polizeiwachmeister diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Eingabe gemacht haben, die sie an den Volkstag und Senat geschickt haben. In auch der Volkstag zur Neugestaltung des Polizeiwesens hat in seiner Weise gehandelt worden ist, obwohl es wie auch früher die Stadtverordnetenversammlung, sich mehrfach sehr lebhaft mit den betreffenden politischen Einrichtungen beschäftigt hat, so hat sich die sozialdemokratische Fraktion geäußert, bereits eine Anfrage an den Senat zu richten, ob er bereit wäre, über die geplante Neugestaltung des Polizeiwesens Auskunft zu geben. Der Volkstag dürfte sicherlich alle Veranlassung haben, dieser Anfrage nachzugehen. Die Polizei nimmt sowohl im Haushaltplan des Staates wie im öffentlichen Leben eine so wichtige Stelle ein, daß es notwendig ist, daß die so dringend notwendige Umgestaltung öffentlich unter voller Mitarbeit des Volkstages vor sich geht.

Aus der oben erwähnten Eingabe der Polizeiwachmeister wird zunächst als sehr wichtig zu entnehmen, daß die durch Erlass vom 19. Januar aufgestellten Grundzüge für die Neugestaltung bereits als endgültig bezeichnet wurden, an denen nicht mehr geändert werden sollte. So einfach diesen die Dinge selbst für die Sachverständigen in diesem Falle nicht liegen. Wenn der Senat bisher der Volkstag vollständig in dieser Sache beiseite gelassen hat, so muß er dennoch fester im Rahmen des Staats um die Bewilligung der erforderlichen Mittel nachsuchen. Der oben wiedergegebene Standpunkt, daß an dem vorgeschlagenen Plan nicht mehr geändert werden, ist zum mindesten etwas vorzeitig, da der Volkstag sicherlich in dieser Frage seinen Grund hat, eine sachdienliche und umfassende Stellung einzunehmen. Sieht man, gerade aus Rücksicht von dieser ansehnlichen Eigenmächtigkeit ab, die durch diese Stellungnahme des Senats zum Ausdruck kommt, so bleibt auch weiterhin sehr merkwürdig, daß die Vertreter der Polizei, wie die Eingabe feststellt, nur zur Besprechung über die weitere Ausführung der als feststehend bezeichneten Grundzüge hinzugezogen worden sind. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist es allerdings sehr auffällig, daß man zu solchen Plänen kommen konnte, die schon dem Sachverständigen als vollkommen unpraktisch und unbefriedigend erkennbar sind. Auch die Polizeiwachmeister geben in der Eingabe ihre Bedenken kund, die um so gewichtiger sein dürften, als sie von praktisch erfahrenen Sachleuten geäußert werden. In der freilich Eingabe heißt es aber die Vereinheitlichung der Polizei, daß nach dem Erlass wohl eine Einheit der Polizei geschaffen werden sollte, daß dieselbe jedoch in Verwaltungs- und Schuttpolizei getrennt werden und jede ihre eigenen Führer erhalten solle. Die Polizeiwachmeister bezweifeln aus ihren praktischen Erfah-

runge, daß diese Regelung ein gebrüchliches Arbeiten zum Wohl der Bevölkerung ergeben werde. Das um Rat und Schutz suchende Publikum werde sich immer an eine Stelle der Polizei wenden und müsse von dieser Stelle auch unbedingt sofort abgeholfen werden können. Dies könne nicht geschehen, wenn Schutz- und Verwaltungspolizei getrennt seien und eigene Führer haben. Der Reviervorsteher müsse unbeschränkt über seine Beamten verfügen können, um die Verwaltungs- oder Schuttpolizei vertreten. Diese Bedenken der Eingabe decken sich zum größten Teil mit den bereits von uns früher gemachten Ausführungen.

In der Eingabe ist nun eine ganze Reihe Vorschläge zur möglichen Vereinheitlichung des Polizeiwesens gemacht. Wir sehen davon ab heute darauf ausführlich einzugehen. Am wichtigsten dürfte davon die Forderung aus einer einheitlichen Gesamtleitung und auf Einheitsregeln für die Verwaltungs- und Schutzpolizei sein. Von den praktischen Erwägungen abgesehen, die vollkommen gegen den „Vereinheitlichungsplan“ des Senats sprechen, spricht auch die finanzielle Seite sehr erheblich gegen die geplante Trennung und weist auch die Eingabe auf die Kostenfrage hin. Bereits der bisher noch immer geheimnisvoll gehaltene Etat der Sicherheitspolizei veranschlagt schon allein einige Tausend Millionen, die wir doch gewiß nicht gerade im Überfluß haben. Wenn der zum Finanzsenator aufgetretene Hr. Volkmann vor kurzem einmal geäußert hat, daß er die Staatskassensätze nur mit einem verbeifachten Erwerbssatz balancieren könne, so sollte uns jede Gelegenheit recht sein, um Erfahrungen zu machen. In diesem Falle würde aber sogar selbstlos ohne Rücksicht auf die Kosten drauf losregiert werden. Es liegt klar auf der Hand, daß zwei in der Leitung, Hauptverwaltung, Beamtenstärke, Revierverwaltung usw., auseinandergehende Polizeiorganisationen sich um vielfaches teurer stellen werden als ein geschlossener Polizeikörper. Bisher wurden Verwaltungs- und Schuttpolizei von einer Stelle aus erledigt. Seit dem Bestehen der Sicherheitspolizei ist allerdings oft über Kompetenzschwächen und Zerfahrenheit im Polizeiwesen geklagt worden. Wir befürchten, daß diese Zustände nach Durchführung des Planes des Senats noch ärger werden. Auch die weiteren Bedenken der Polizeiwachmeister über die Erhebung der bisherigen Polizei durch die Schutzpolizei — die Sipps hat sich in den Zeitungen bereits selbst öffentlich als diese Sipps ausgegeben — dürften der Beachtung wert sein. Die Eingabe weist daraufhin, daß es mit schweren Nachteilen verbunden sein werde, wenn man die im Polizeidienst erfahrenen Beamten mit einem Male von der Strafe zurückziehen würde und an ihre Stelle junge und im Polizeidienst unerfahrene Leute einstellt. Der Polizeidienst wäre nicht nur zum Schutze des Publikums da, sondern sollte auch in jedem Verwaltungszweig erfahren und in der Lage sein, auch in den schwierigsten Verhältnissen dem Publikum gerecht werden zu können und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die ausführliche Wiedergabe dieser Eingabe läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, welche schwerwiegenden Fragen in polizeilicher, öffentlicher und finanzieller Hinsicht mit der Neugestaltung des Polizeiwesens zusammenhängen. Wir vertreten auch heute die Ansicht, daß es dringendste Aufgabe des Volkstages sein muß, sich mit dieser „Vereinheitlichung“ eingehend zu befassen, um Fehler zu vermeiden, die sich gerade auf diesem Gebiet am schwersten rächen könnten.

Im Lauf von zweiundvierzig Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden, eracupt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Kosten auferlegte, keine Naturkräfte zum großen Teil genommen, und dem man den Abfall der Werke seiner Arbeit nach andern Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus warunde zu gehen. Haß und Erbitterung werden sich in die Herzen einschleichen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, ihr habt das Wort!
Diesem Aufruf schließen sich an der Allgemeine Freie Angestelltenbund und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Berlin, 5. Febr. Der Reichsminister des Innern nahm heute Gelegenheit, sich im Herrenhaus mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse bedingte Lage auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Es ergab sich dabei vollkommene Übereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.

„Sach, liebes Mädchen, das habe ich mir auch gelagt,“ erwiderte der Hausherr, „aber wenn das Pferd gut abgeritten und in eine warme Decke gewickelt wird, schadet es ihm wohl nichts. Du magst ihm die Hand auch nach einer Bogenschütze locken. Aber nun sprach, wie kommt du herher, mein Goldfisch?“

„Insektenhermann, bei dessen Mutter ich gearbeitet habe, wollte mir sein Fuhrwerk geben,“ berichtete Bertel. „Seine Pferde sind ihm zu schade, um sie in das Unwetter hinauszujaagen.“

„Chappen soll ihn der Teufel!“ rief Bertel aus und spie böller Gerächung aus. „Das ist eine ganz ungeheuerliche Gemeinheit, ein junges, junges Mädchen bei dem Hundewetter hinauszujaagen! Aber man darf ja auch nicht Gut- von dem Putschern. Na warte, du Schuft!“ Komme mir wieder zu mir, Geld bringen! Von mir sollst du keinen roten Pfennig mehr bekommen!“

„Der Neumann hat Schulden?“ fragte Bertel verwundert. „Aber er hat doch ein so gutes Einkommen.“

„Doch er, aber er spielt,“ entgegnete Bertel lakonisch. „Es ist ein ungeheures Glück, daß du mich getroffen hast. Du hättest dir den Tod holen können. Nach Rechen geht du mir nicht wieder.“

„Nun, Bertel, was erwidert, als er hörte, wie ihre Tochter in Rechen behandelt worden war.“ Sie sagte:

„Das ist die letzte Arbeit, die du für die Madam Neumann gemacht hast!“

„Während Luise ihre Ledner begräbt, warf Bertel einen erwarntenen Blick auf den kleinen, blanken Spiegel. Frau Bertel pflegte die eulenkenden Haare — es waren dies im Jahre nicht in Tugend — zwischen Rechen und Glas des Spiegels zu kämeln. Da, heute war der Rahmen leer!“

„Aber der Hausherr sich erwidert, fragte Bertel schneidend: „Soll ich, Bertel, Rechen hat geschrieben?“

„Nein,“ entgegnete Luise, „von dem ich keine Zeile angekommen.“ Bertel erblühte und sagte ganz verächtlich:

Demokratie oder Diktatur — je nach Bedarf.

„Nieder mit der Demokratie! Hoch die Diktatur!“ erklingt der abgeleitete Schlachtruf der Kommunisten. „Das Parlament mit seinen „Kuhhandeln“ ist der ärgste Feind der proletarischen Weltrevolution“, lautet ein anderes gedankenloses Schlagwort dieser politischen Hasenlinie. Sie können aber auch anders, wenn es ihnen gerade einmal in den Kram paßt. Sie halten sich keineswegs von den Danziger Volkstagsitzungen fern und befolgen nach besten — wenn auch nur schwachen — Kräften die vereinbarte Geschäftsordnung. Sie begründen ihren Verzicht auf das Vizepräsidium ausdrücklich mit demokratischen Grundföhen. Wie können sich vor Erstaunen darüber, daß sich die U. S. P. ihr Parteibureau nicht von den kommunistischen Diktaturschwärmern einfach wegnehmen läßt, gar nicht fassen und verlangen, daß das gesamte Parteieigentum der U. S. P. in Danzig ohne weiteres „nach demokratischen Prinzipien“ auf die Kommunisten übergehen solle. Sie vergießen in ihrem „Das freie Volk“ genannten Blättchen bittere Tränen darüber, daß die bösen Unabhängigen sich nicht von einer fremden Partei aus ihrer bisherigen Behauptung hinauswerfen lassen wollen. Diktatur ist gewiß sehr schön, wenn man die Macht hat, sie auszuüben. Solange man aber diese Macht noch nicht hat, stellt man lieber die theatralische Mitationsphrase von der Diktatur in die Ecke und sucht seine Ansprüche mit dem zuverlässigeren Begriffe der Demokratie zu begründen.

„Mittel, dann muß er krank sein! Wenn er gesund wäre, hätte er mir geküßt.“

„Er kann ja auch anderen Sinnes geworden sein,“ entgegnete Frau Bertel. „Das Herz des Menschen ist wandelbar, wie das Wasser.“

„Ach Mittel, der Theodor ist so treu wie Gold,“ gab Bertel mit leuchtenden Augen zurück. „Auf dem Theodor sein Wort kann man bauen, wie auf einen Felsen.“

„Liebe Tochter,“ sagte Luise traurig. „es gibt wenige Menschen, auf die man bauen kann, und auf die Mannsleute ist nun schon gar kein Verlaß. Ich will die Frauensleute nicht etwa bis in den Himmel erheben. Wir haben auch unsere Fehler, und das nicht zu knapp. Redet, Bertel, du kennst ja! Was hat's denn?“

„Ich hab mich doch in Rechen gar so sehr aufgeregt,“ erwiderte das junge Mädchen weinend. „Was ich in der ersten Nacht für eine Angst ausgestanden habe, das kann ich gar nicht sagen.“

„Das ist doch überstanden,“ tröstete Luise. „darüber brauchst du jetzt nicht mehr zu weinen, ob weiß der Fingerhut, der Theodor, nicht schreibt, brauchst du erst nicht seine Träne zu vergießen. Ich werd die eine Tasse Kaffee machen und dann gehst du zu Bett.“

Neumanns hatten sich inzwischen das Abendrot gut schmücken lassen, als aber eine Viertelstunde verstrich und Bertel nicht zurückkehrte, wurde der Inspektor unruhig. Er sagte zu seiner Mutter:

„Dem Mabel wird doch nichts zugestoßen sein? Mutter wie können Sie bloß auf beiden Seiten mampfen, während die Bertel verbleibt in Lebensgefahr ist.“

„Sie hätte ja hier bleiben können“ brummte die Frau aber ihr war garnicht behaglich zumute. Sie schlug vor es sollten ein paar Ruchel mit Laternen ausgefandelt werden um Bertel zu suchen.“

„Ich geh selbst mit!“ erklärte der Inspektor. „Sie ist vielleicht in der Dunkelheit in einen Haufsteigraben gefallen und kann ohne Hilfe nicht herauf.“ (Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Raubüberfall in der Schwalbengasse.

Am Sonnabend mittag wurde die Arbeiterfrau Ida Tronke, Große Schwalbengasse 201 wohnhaft, als sie kurz nach 1 Uhr nachmittags vom Essen nach Hause kam, von zwei Männern, welche in die Wohnung eingedrungen waren, überfallen, gefesselt und mit einer Wälschele an Händen und Füßen gebunden. Außerdem wurde die Ueberfallene noch mit einer Flüssigkeit bedeckt. Die Frau wurde gegen 4 1/2 Uhr nachmittags von ihrem Ehemann bestimmungslos auf dem Boden liegend vorgefunden. Nachdem der Ehemann seine Frau von Ketten und Stricken befreit hatte und sofort einen Arzt hinzuzog, kam die Frau wieder zu sich. Der Arzt stellte fest, daß die Frau außer Würgemalen am Halse auch eine Verletzung an der Junge hatte. Sie klagte weiter über Schmerzen im Unterleib. Die bisher unbekannteren Täter haben Kleidungsstücke und Lebensmittel im Werte von etwa 2000 Mark geraubt.

Dieser mit großer Dreistigkeit ausgeführte Raubüberfall hat sich eigenartigerweise im gleichen Hause ereignet, in dem sich vor knapp einem Jahre der graufige Raubmord der Geschwister Pusdromski abspielte.

Die Einrichtung eines Wuchergerichts wird von den Verbrauchern auch für Danzig zur durchgreifenden Bekämpfung des verderblichen Preiswuchers und Schleichhandels, je länger, desto dringender, gefordert. Im Deutschen Reich haben sich die Wuchergerichte gut bewährt und auch im Freistaat können sie gute Dienste leisten. Von vornherein galt das Gesetz auch für den Freistaat Danzig, da es im Herbst 1919 erlassen wurde. Die Freistaatsregierung zeichnete sich aber dadurch aus, indem sie gute deutsche Gesetze, darunter auch mehrere Steuergesetze, die den bestehenden Anfeinden ungenügend waren, nicht zur Ausführung brachte oder sie veränderte. Wie notwendig das Wuchergericht ist, geht schon daraus hervor, daß die Rechtsprechung der Schlichtengerichte oft nicht einheitlich ist. Für eine Höchstpreisüberschreitung erkannte ein Schlichtengericht auf 1000—3000 Mark Geldstrafe und ein anderes nur auf 500 Mark an. Das würde nicht vorkommen, wenn alle diese Sachen durch ein Gericht gingen. Auch die Gesetzeskenntnis und der bestehenden Verordnungen wäre eine bessere. Einem Wuchergericht würde auch sicherlich bekannt sein, daß Waren, für die Höchstpreise festgesetzt sind, nur in den vorgeschriebenen Mengen verkauft werden dürfen. So würde eine Fälschung nicht freigesprochen werden können, wenn sie Suppen, grün anstatt in Wänseln, einzeln verkauft, um den Höchstpreis für Suppen zu umgehen. Eine derartige Rechtsprechung, wie sie dieser Tage in Danzig zu verzeichnen war, ist unhaltbar und trägt zur Durchsicherung der bestehenden Verkaufsbestimmungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs bei. Wenn man den Wucher ernstlich bekämpfen will, wird man ohne die Wuchergerichte nicht auskommen.

Milchartenausgabe für Kinder und alte Leute. Im Anzeigenheft unserer Zeitung gibt der Magistrat bekannt, daß in der Zeit vom 7. bis 28. Februar die neuen Milcharten für das nächste Vierteljahr an Kinder und alte Leute zur Verteilung kommen. Die Ausgabe erfolgt meistens in den einzelnen Stadtschulen. Die Ausgabebestellen sowie die Ausgabezeiten sind durch besondere Anhänge in den Milchverkaufsstellen bekanntgegeben. Eine schnelle Fertigstellung ist nur möglich, wenn die Verteilung der Ausgabezeiten genau einhält. Falls die Milchkarte in der betreffenden Ausgabezeit nicht abgeholt wird, erlischt sie nach Ablauf eines Monats.

Der diesjährige Bühnenball der Solomitglieder des Stadttheaters zu Gunsten der Ferien- und Walfahrtskasse findet am Sonnabend, den 19. Februar in sämtlichen Räumen der „Scala“ (Sporthalle) statt. Das Protektorat haben Oberkommissar Haking und Senatspräsident Sahm übernommen. Für das Ehrenkomitee sind Bürgermeister Dr. Bail, Senator Strunk, Direktor Schaper und Musikdirektor Binder gewonnen worden.

Daniel Chodowicki.

Ein Danziger Maler und Radierer.

(Geboren 16. Oktober 1726 in Danzig, gest. 7. Febr. 1801 in Berlin.) Heute, am 7. Febr. 1921, jährt sich zum 100. Male der Todestag dieses Danzigers, dessen künstlerischer Nachlaß Einfluß in die Kultur und das Leben unserer Altvordern gestaltet. Gleich Maler und Richter hat der Künstler durch seine Tätigkeit als Autor sich große Volkstümlichkeit erworben. Chodowicki war ein Kind seiner Zeit, und der damals besonders herrschende französische Einfluß ist bei ihm unverkennbar, zumal seine Mutter aus einer französischen Familie stammte. Motiv und Stimmung vieler seiner Kunstwerke weisen auf den französischen Maler Watteau hin. Doch später machte er sich davon frei und sein Lebenswerk zeigt von einem starken deutschen Empfinden.

Daniel Chodowicki wurde am 26. Oktober 1726 in Danzig geboren, zu einer Zeit, als keine Vaterstadt ein wichtiger Mittelpunkt des internationalen Handels war. In der Heiligengeistgasse stand das elterliche Haus, wo der Vater eine Getreidehandlung betrieb. Dieser erteilte dem jungen Daniel den ersten Unterricht im Rechnen und Malen. Als Daniel 15 Jahre alt war, starb der Vater. Der junge Mann war vorübergehend in einer Spezereihandlung tätig, kam aber bald nach Berlin zu dem Bruder seiner Mutter. Den größten Teil seines Lebens — 58 Jahre — hat Chodowicki in Berlin zugebracht.

Er war zunächst als Buchhalter tätig. In seinen freien Stunden malte er Miniaturbilder für Tabakdosen. Die Bildchen fanden guten Absatz, so daß sein Onkel den jungen Künstler die Miniaturmalerei erlernen ließ. Diese wurde bald seine Haupttätigkeit und brachte ihm lohnenden Erwerb. Die Miniaturen machten den jungen Chodowicki schnell bekannt, und 1764 wurde er Mitglied der Kunstakademie. Die Malerei lernte er fast ohne jede Anleitung, anscheinend besaß er viel Geschick für das Technische. Eine geordnete Ausbildung hat der Künstler nicht gehabt. Was er geschaffen, dankt er seinem Fleiß, seiner Selbstkritik und seiner Beobachtungsgabe. Anscheinend hat er bei jeder Gelegenheit gezeichnet. Ueber 2000 Radierungen u. 4000 Zeichnungen sind von ihm bekannt: Gruppenbilder und Einzeldarstellungen, viele haben Beziehung zu Danzig.

Große Bekanntheit erlangte Chodowicki durch sein Bild „Der Abschied des Calas“, das heute sichtlich und sentimental erscheint. Die Reperthierung des schwebend hängenden Calas in Toulouse (1762) erregte in freidenkenden Kreisen große Entzückung. Chodowicki stellt den Augenblick dar, wo dem Opfer schließlicher Unabwendbarkeit zu seinem letzten Gange die Fesseln abgenommen werden. Schmerz erfüllt umringen seine drei Kinder den Unglücklichen, der aber auf die ohnmächtig gewordene Mutter

Das Fest, welches „Bühne und Welt“ befeuert ist, soll das Motto „Eine Nacht im nördlichen Venezia“ tragen. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Der Volkstag ohne Senat.

Der Senat soll einstimmig beschlossen haben, aus Anlaß der letzten Vorgänge nicht wieder in eine Auflösung des Volkstages zu entscheiden, er nicht genügend Schutzvorkehrungen getroffen wären, um die Regierungsmittel der gegen die Gefahr der Bedrohung von Leib und Leben seitens der Mitglieder der kommunikativen und unabhängigen Fraktion zu sichern. — Es wird also auch innerhalb des Parlaments ein Banastreife geschaffen werden, um den Demonstrationen der „Kadaverrevolutionäre“ gewisse Schranken zu setzen. Wir können uns erst morgen ausführlicher hierzu äußern.

Karnevalsonntag in Zoppot.

„Was rennt das Volk, was wagt sich dort Die langen Gassen brausend fort!“

konnte man gestern mit Schiller ausrufen. Das freundliche, wenn auch reichlich kalte, aber glücklicherweise ziemlich windstille Wetter hatte unübersehbare Menschenmengen auf den Zoppoter Karnevalsonntag gelockt, und die Züge vermochten kaum den Riesenstrom der Gäste aus Danzig aufzunehmen. Auf den Hauptstraßen und in allen Vergnügungslökalen herrschte ein buntes, ausgelassenes Treiben, in dem allerdings kostümierte Teilnehmer nur verhältnismäßig vereinzelt auftauchten, wie überhaupt die ganze Karnevalsvormittung teilweise einen etwas gezwungenen Eindruck machte. Nur Gekostümte und karnevalistische Kopfbedeckungen waren häufig zu sehen.

Den Haupteffekt des sogenannten „Kofenstags“ bildete der große Festumzug nach rheinländischem Muster. Gegen 3 Uhr zog er durch die Seestraße, die Hauptstraße von Zoppot. In seinem langen Verlauf stießen einige hübsche, originelle Wagen auf, wenn man auch beispielsweise die symbolische Darstellung der Steuererschau mit zwiefältigen Gefühlen aufnehmen konnte. Vor der Glasperanda des Metropolhotels fand die Begrüßung des Festzuges und die Ernennung der Ansprache durch den Prinzen Karneval statt. Dieser hat man für den Prinzen Karneval eine ganz trodene, humorvolle Persönlichkeit, die wie ein strafender Oberlehrer anmutet, ausgewählt, die wahrhaftig nicht zur Hebung der Feststimmung befähigt ist.

Um 5 Uhr fand im dicht besetzten Kurtheater die Festaufführung der unverwundlichen, obwohl unfähig abernen Pöffe „Robert und Bertram“ statt. Otto Norman ist ein Schmierendirektor, wie er im Buche steht, und er läßt diese Pöffe spielen, wie etwa bei Emanuel Striepe „Haasemanns Lötcher“ gespielt sein werden. Den dritten Akt des Stückes ließ er ganz fort und nahm auch sonst mancherlei Änderungen vor, wahrscheinlich, um nicht empfindliche Besucher der Aufführung vor den Kopf zu stoßen. Natürlich freilich das Publikum vor Vergnügen über seine und Georg Feldmanns platte Späße, sodaß der Zweck der Darstellung vollkommen erreicht wurde.

In den Abendstunden herrschte in allen Lokalen bei Musik, Gesang, Tanz und lustigen Vorträgen, an denen auch Danziger Künstler mitwirkten, ein übermütiger Festgesummel. Dem Anscheine nach haben sich alle Gäste, die es sich leisten können, vortrefflich amüsiert und sich auch nicht durch den Nepp, der überall getrieben wurde — ein Glas Bier kostete beispielsweise 5 Mk. —, in ihrem Vergnügen beeinträchtigen lassen.

Verein Arbeiterjugend Danzig. Morgen, Dienstag, abends 7 Uhr, findet bei Herrn Dr. Bing ein Demonstrationsvortrag über den menschlichen Körper statt. Die Teilnehmer an diesem inter-

essanten Vortrag verläßt um 7 1/2 Uhr auf dem Vorstadtbahnhof am 11. Februar. Näheres wird erspart.

Polizeibericht vom 6. und 7. Februar 1921. Verhaftet: 19 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Verhöhnung, 1 zur Festnahme ausgehoben, 2 wegen Hausfriedensbruchs, 3 in Vollhaft, — Obdachlos: 6 Personen.

Oliva. Eine Gemeindevorstellung findet am Dienstag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Lyzeums statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Nachbewilligung von 70 000 Mark für Beschaffung des elektrischen Straßenbeleuchtung und Verlängerung der Beleuchtungsanlage in der Seestraße bis in Höhe des Familienhauses; Nachbewilligung von 12 079,29 Mark für die Einrichtung des Warmbades; Festsetzung des Wertes der Naturalabgabe der Beamten durch Verrechnung auf den Ortszuschlag; Beschlußfassung über die Erweiterung der elektrischen Beleuchtungsanlage im evangelischen Schulhaus und Bewilligung der Kosten von 3760 Mark; Nachbewilligung von 28 856,46 Mark für die Statuette, Abwicklung d. des Rechnungsjahres 1919 (Schulverwaltung). — Nachbewilligung von 11 000 Mark für Inkassierung der langen Rate in Glettau; Beschlußfassung über den Antrag der Gasanstaltarbeiter auf Vierung von 4 Meter Klobenholz zum Einkaufspreis; Bewilligung von 480 Mark an den Turnverein zur Beschaffung von 6 Paar Eisenhanteln; Festsetzung eines Tarifs für die Benutzung der Turnhalle; Beschlußfassung über die Neuorganisation der höheren Schulen.

Der Kreistag des Kreises Danziger Niederung wird sich am 15. Februar anberaumten Sitzung mit der endgültigen Prüfung der Kontratsstelle beschäftigen. Dieser führt bekanntlich Regierungsrat Freiherr v. Stodmar seit September 1919 vertretungsweise die Verwaltung des Landratsamts. Der Kreis wird ferner die Richtigkeit der dritten Kreiswahl in Stutthof zu prüfen und Beschluß zu fassen haben über die Erwerbung von Beihilfen an Gemeinden auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge und der Verlegung hilfsbedürftiger Personen mit Brennholz zu ermäßigten Preisen.

Standesamt vom 7. Februar 1921.

Todesfälle: E. des Arbeiters Karl Engler, 8 J. — Vermählung: Traugott Eitel, 56 J., 10 M. — Frau Kathilke Adamek geb. Domankoff, 54 J. — Frau Anna Kochanski geb. Schabowski, 71 J., 2 M. — E. des verstorbenen Arbeiters Heinrich Müller, 10 J., 2 M. — E. des Schlossers August Sydow, 16 J., 1 M. — Waisinisi August Jlaak, 54, 7 M. — E. des Arbeiters Anton Klein, 8 M. — Arbeiter Kurt Zenger, 19 J., 4 M. — Schlosser Ernst Heidemann, 39 J., 3 M. — E. des Militär-Invaliden Otto Hildebrandt, 12 J., 1 M. — Eheg. 1 G.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Dollark: (Auszahl. 7 1/2) 7 1/2 (am Vortage 8)
Englische Pfund: 63 (: : 61 1/2 — 62 1/2)
Frank: 225-40 (: : 240)
4,38-4,42 (: : 4,38-42)

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 7. Februar 1921.

	gestern	heute	gestern	heute	
Jamich II	+2,00	—	Dirschau	+2,24	+2,84
Morshau	+2,50	—	Einlage	+2,40	+2,60
Thorn	+2,67	+2,66	Schleusenort	+2,52	+2,64
Nesdon	+2,38	+2,52	Schnau O. P.	+6,70	+6,00
Calum	+2,27	+2,54	Balgau O. P.	+4,58	+4,40
Graubenz	+2,21	+2,62	Neuhorterbuch	+2,10	+1,88
Krausbrack	+2,43	—	Wolfsdorf	+0,02	+0,07
Montauespige	+1,97	+2,63	Muwachs	+1,02	—
Piecke	+2,06	+2,64			

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inzerate Bruno Swert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehr u. Co., Danzig.

hinweist. Wie ein Sohn wickelt die feste Gestalt des Müdch, der mit dem Zeichen des Kreuzes den Kerker betritt.

Hervorragend sind die Genrebildchen aus dem Familien- und Volksleben. Chodowicki betätigte sich auch als Graphiker durch Illustration von Lessings „Minna von Barnhelm“, ferner Werken von Goethe, Shakespears, Puffalozzi, Klopstock, Wieland u. a. Für zahlreiche Kalender und Almanache lieferte Chodowicki den Bildschmuck, die dadurch heute noch sehr wertvoll sind. Die Bildchen zeigen großen Reichtum an Erfindungskraft.

Weniger glücklich war er bei historischen Darstellungen. Auch die Bildnisse Friedrichs des Großen und anderer Mitglieder des Hofes hinterlassen heute wenig Eindruck.

Während des Aufstiegs der Künstler, wo er dem wirklichen Leben nahe blieb. Er hat es verstanden, die schlichte Wirklichkeit so darzustellen, daß er uns heute noch lieb und wert erscheint. Vor allem seine Darstellungen aus dem Kleinbürgerlichen und häuslichen Leben zeigen eine scharfe Beobachtungsgabe, verbunden mit manchmal liebenswürdigem Humor.

1773 machte Chodowicki eine Reise nach Danzig, um seiner Vaterstadt einen längeren Besuch abzustatten. Diese Reise hat er in der berühmten Zeichnungsfolge: „Von Berlin nach Danzig, eine Künstlerfahrt“, festgehalten. Ein ausführlicher Text erklärt die einzelnen Bilder der Reiseerlebnisse. Die lange und beschwerliche Reise wurde zu Pferde zurückgelegt. Auch das damalige Danzger und die Langgasse mit ihren Prachtbauten sind in Bildern wiedergegeben. Während des zwei Monate dauernden Danziger Aufenthalts sind zahlreiche Bildnisse und graphische Darstellungen entstanden, die Familie und Gesellschaft darstellen. Besonders getreue Schilderungen des Danziger Lebens sind seine Sitzzen aus dem Straßenleben: die Schiffer, Händler usw. Später, 1780, hat der Künstler Danzig noch einmal besucht, um nach dem Tode der Mutter seine Schwester nach Berlin zu holen.

In der letzten Zeit seiner Künstlerkarriere war die graphische Darstellung seine Hauptbetätigung. Es erschien kein besseres Buch, zu dem er nicht mindestens das Titelbild entworfen hätte. 1797, vier Jahre vor seinem Tode, wurde er Direktor der Berliner Kunstakademie.

Die von Daniel Chodowicki geschaffenen Kunstwerke erfreuen sich großer Wertschätzung. Das schon genannte Bild „Der Abschied des Calas“ hängt in dem Berliner Museum. Andere Werke befinden sich in Leipziger Museum, und in Privatbesitz. In Danzig selbst das Stadtmuseum im Franziskanerkloster eine reichhaltige Sammlung seiner Werke. Ein Kupferstich mit dem „Abschied des Calas“ hängt dort ebenfalls. Ferner Illustrationen zu Lessings „Minna von Barnhelm“ und Shakespears „Kordolan“. Man sieht bei vielen Werken sowohl den Entwurf wie auch die Ausführung. In einem Falle ist sogar noch die Kupferplatte vor-

handen. Ein großes Bild Meyersheim zeigt Daniel Chodowicki in seinem Atelier. Wir können einen Besuch dieser Ausstellung nur empfehlen.

Neues Operetten-Theater.

Aufführung: „Die Prinzenjagd“.

Der Eifer, mit dem unsere Operettenbühnen ununterbrochen Neuaufführungen herausbringen, verdient schon wegen der Anzahl Anerkennung. Nun hat sie es sogar fertiggebracht, eine Aufführung vor der demnächst in Berlin stattfindenden Premiere herauszubringen, was für Danzig immerhin besonderer Beachtung wert ist. Jedoch kann sich die Beachtung, nachdem man die Aufführung gesehen hat, nur auf diese Tatsache, nicht aber auf die Operette selbst beziehen. Wenn diese neue Operettenaufführung von Fritz Grubbaum und Heinz Reichert die auch teilweise die Libretti der „Dollarpriesterin“ und des „Dreimäderhaus“ verschafft haben, in Danzig nur einen guten Achtungserfolg zu verzeichnen hatte, so weil die „Prinzenjagd“ in Handlung und Musik hinter den obengenannten Operetten bedenklich zurückbleibt. Schon der Titel läßt keine großen Hoffnungen zu. Die Handlung wird nur dadurch originell, indem, kurz bevor der Vorhang niedergeht, anstatt der fälligen Verlobung eine Pointe steigt, die der Operette einen kinobühnen Abschluß gibt.

Ein Prinz von Ralbasollen soll in der Nähe Wiens in einer Privatvilla erogen werden. Als der angeblige Prinz auf den Namen... stellt die Tochter des Schulinspektors in der Gesellschaft. Der Gesandte gibt, aus Mißgunst den Prinzen vor. Auf den Prinzen wird nun Jagd gemacht — daher nämlich der Titel — nach allerlei Zwischenfällen, bei denen dieser Prinz von dem Gesandten geohrft und aus dem Hause geworfen wird, landet er wieder im Hause des Schulinspektors. Die Lösung der Konflikte geht dann überraschend vonstatten, indem dieser Prinz mit seinem Begleiter mit Geld und geliehenerm Auto davongeht. Der Analeffekt ist der, daß beide Schwindler waren. Am Schlusse trifft dann beim Schulinspektor der wirkliche Prinz ein und das Spiel konnte nun von vorn unter den gleichen Zwischenfällen mit dem richtigen Prinzen erneut losgehen.

Die Musik, von Ludwig Friedemann, ist nicht nur sehr dünn gehalten, sondern ihr fehlt mit verschwindend wenig Ausnahmen fast jede nur einigermaßen originelle Note und Volkstümlichkeit. Die Künstler füllten im allgemeinen jeder in seiner bekannten Art und nach seiner Eignung ihre Rollen. Für heute müssen wir von der einzelnen Würdigung absehen. Die Ausstattung war gut. Als Dirigent wirkte wieder F. W. Goebel, der eine gute Befähigung erkennen ließ, soweit dazu gestern die Möglichkeit gegeben war.

Ein furchtbares Handgranaten-Unglück.
Fahrlässige Schlamperlei bei der Sicherheitspolizei.

Am Sonnabend Mittag ereignete sich in Langfuhr ein tragisches Unglücksfall mit einer Handgranate. Die Witwe Wilhelmine Kaja, 70 Jahre alt, wohnt mit ihrer unverheirateten Tochter im Erdgeschoss des kleinen Hauses Kirchauer Weg 48. Die Mutter arbeitete täglich in der früheren Train-Halterei bei der Sicherheitswehr als Keimackebrau. Am Sonnabend fand sie bei der Arbeit eine Handgranate mit einem Stiel umher liegen und glaubte, das sei entweder ein Kartoffelkämpfer, oder doch dazu verwendbar. Zu Hause hat sie ein Schweinchen zu füttern und zum Zerquetschen der Kartoffeln hatte sie kein Gerät. Als wertlos nahm sie deshalb diesen Gegenstand mit und hatte ihn in der Schürze verwahrt. Ihr Nachbar fuhr gerade vom Hofe, als die Frau nach Hause kam und niemand absteigend, welche gefährliche Spielzeuge sie in der Schürze trug. Die Frau wollte darauf gemeinsam mit ihrer Tochter das Mittagessen bereiten. Die Mutter legte die Handgranate auf den Tisch um sie nach kurzer Zeit etwas eingehender zu betrachten. Beide Frauen hatten noch eine Handgranate gelehrt und waren arglos. Die Mutter entdeckte an dem vermeintlichen Kartoffelkämpfer ein Stöckchen Pulver und meinte, den müsse man wohl abkochen. Sie lag an dem Tisch, der sich dann auch löste. Die Tochter bemerkte alsbald an dem Gegenstand eine Rauchentzündung und rief laut aus und rief der Mutter zu sie solle den Gegenstand hinausschleppen, während sie gleichzeitig die Tür ins Freie öffnete. Die Mutter ging auch nach der geöffneten Haustür, behielt aber die entzündete Handgranate in der Hand. In der nächsten Sekunde explodierte das gefährliche Mordwerkzeug und die Eisenwerkzeuge flogen umher und richteten große Verwundungen an. Als die Tochter die Tür geöffnet hatte, fand sie wie gelähmt hinter der Mutter. Nachdem die Granate mit lautem Knall zerplatzt war, lief die Tochter, die das Bewußtsein verloren hatte, in das Nebenzimmer, kehrte aber bald zurück. Sie sah dann im Rauch ihrer Mutter am Fußboden liegen. Diese lebte im ersten Augenblick noch, die Handgranate hatte ihr darauf schwere Verwundungen, besonders an der rechten Bauchseite zugefügt, doch die Frau kurz darauf verstarb.

Der Säubermann ist stark demotiert. In der Haustür haben die Brandopfer, das Genitorat hat zerklüftet im Garten. Das Aushengeweise ist heruntergeworfen und zertrümmert. Die Aushengeweise ist beschädigt. Die Tochter ist wie durch ein Wunder gerettet, da sie hinter der Mutter stand. Nur am Fuß hat sie eine geringfügige Verletzung davongetragen. Das Gebot hat sich wieder eingestellt.

Besondere Aufmerksamkeit bedarf wohl die Frage, wie es möglich war, daß die Frau die gefährliche Handgranate im zündfertigen Zustand herumwandelnd in der Küche vorfindet und so ohne weiteres mit nach Hause nehmen konnte. Von der Sicherheitspolizei wird mitgeteilt, daß sich in den von ihr in Benutzung genommenen Kellerräumen noch mancherlei Sachen befinden, die nach von der Leiter dort unterzeichneten Bescheinigung herkommen und bis hier nicht weggeschafft werden konnten. Gegenwärtig wäre gerade eine Kammerfrau mit der Schein-Führer Sachen beauftragt. Diese für die Öffentlichkeit gegebene Aufklärung, die wohl dazu

dienen soll die Leitung der Sicherheitspolizei von der Verantwortung für eine derartige menschenfährdende Schlamperlei zu befreien, wirft ein eigenartiges Licht auf die Verhältnisse bei der Sipo. Seit über einem Jahre hat unleres Wissen die „Sipo“ die Langfuhr-Kaserne in Benutzung und noch immer soll es angeht nicht möglich gewesen sein, die umherliegenden Waffen und Geräte aufzuräumen. Bei einer Besichtigung, die mit für Ordnung im Staate sorgen soll, sind derartige Zustände nicht nur eine unerwünschte Leichtsinnigkeit, sondern man muß sie schon als Skandal aufzeichnen. Wenn die „Sipo“ des öfteren in der Presse längere Berichte über den Erfolg ihrer öffentlichen Tätigkeit veröffentlicht hat und darin eine ganze Reihe unbedeutender Vorfälle mit aufzählt, für die sie sonst ein glänzendes Auge zu haben scheint, so sollte die „Sipo“ schon längst Zeit gefunden haben, auch an die Aufräumung ihrer Kaserne zu denken. Hier wäre, wie dieser Fall es zeigt, schon längst Ordnung notwendig gewesen. In dem Verzeichnis der Telefonanschlüsse ist die Sicherheitspolizei mit 27 Dienststellen bis herunter zu einer solchen für den Pferdehall verzeichnet, auch ein Referent für den Innendienst ist aufgeführt und bei einem solchen Verwaltungsapparat will man an die Aufräumung der Kaserne während eines ganzen Jahres nicht denken können! Die auf diese Weise und durch eine derartige Leichtsinnigkeit so tragisch um Leben gebrachte Frau handelte in Unkenntnis der Gefährlichkeit des von ihr gefundenen Gegenstandes. Die Sicherheitspolizei möchte aber wissen, was das Umherliegenlassen zündfertiger Handgranaten im Besonderen haben kann und bald hat man es nach als ein Glück zu preisen, daß das Unglück nicht umfangreicher und bedeutend folgenschwerer gedeutet hat.

Mit der oben wiedergegebenen Fallbeschreibung der „Sipo“ wird man sich angesichts der fahrlässigen Leichtsinnigkeit, die doch zweifellos seitens der Leitung angeht derartige Zustände vorliegt, nicht zufrieden geben können, wenn auch durch eine strenge Untersuchung und Abmündung an dem Unglück selbst leider nichts mehr zu ändern ist. Die verantwortlichen Behörden haben aber alle Ursache, sich mit den Verhältnissen bei der „Sipo“ eingehend zu beschäftigen, umfomehr dieser im neuen Polizeiwesen des Freistaates anheimelnd eine sehr wichtige Rolle zugebilligt ist.

Neue Vorschläge zur Aufbringung von Baugeldern.

Für den Ausbau von Wohnungen fehlt es in erster Linie an Geld. Es ist schon eine ganze Reihe Vorschläge zur Aufbringung der erforderlichen Mittel gemacht worden. Am zweckmäßigsten dürfte davon der vom Wohnungsausschuß für Groß-Tanzig betriebene Gedanke der Gründung eines Wohnungsverbandes sein, der den Bau von neuen und schon ungenutzten Gebäuden fördern würde.

Am 20. Februar hat der Wohnungsausschuß für Groß-Tanzig unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Koppel einmütig mit dem Vorschlag der Gründung eines Wohnungsverbandes für die Stadt Groß-Tanzig und dem Zweck des Erwerbs von Baugeldern beauftragt. Der Verband soll sich aus den verschiedenen Parteien der Stadt zusammensetzen und die Aufgabe haben, die notwendigen Mittel für den Bau von Wohnungen zu beschaffen. Der Verband soll sich aus den verschiedenen Parteien der Stadt zusammensetzen und die Aufgabe haben, die notwendigen Mittel für den Bau von Wohnungen zu beschaffen.

Gedanken aufgetaucht, die im Hinblick besprochen werden. Es ist der Vorschlag gemacht worden, die erforderlichen 60 Millionen Baugeldern jährlich dadurch aufzubringen, daß man eine Verleihungsgrenze für alle Grundstücke festsetzt. Jenseits der Verleihungsgrenze dürfen nur Hypotheken eingetragen werden, die der Verleihungsgrenze entsprechen. Die Verleihungsgrenze hätte nach oben zu rücken. Die Staatshypotheken würden vorgehen. Der Ausschuss würde sich gegen die Durchführung nicht sperren, aber er hält in diesem Vorschlag doch nur einen kleinen Teil und hält ihn verwerflich. Wenn die Verleihung und Tilgung gesichert sind, wie dies beim Wohnungsausschuß der Fall wäre, dann hält man auch das Baukapital für erreichbar. Es könnte formell noch auf die neuen Bauten als Hypothek eingetragen werden. Im Vordergrund steht dann noch der Gedanke, das ganze Baugeld jährlich durch einen entsprechenden Zuschlag zur Miete zu erheben. Dadurch würde man die ganzen Ausgaben für die Zinsen völlig ersparen und schuldenfreie Grundstücke erhalten. Weiter würde der Gedanke einer Mietesteuer zu erheben und diese in die allgemeine Steuerklasse zu stellen. Von hier aus sollten dann Baugeldlöhne geleistet werden. Diesen Weg hält man nicht für günstig. Man will die Summen, die durch die Miete aufgebracht werden, auch einer unabhängigen Organisation, wie dem Wohnungsausschuß, zuführen, damit das Geld reiflich für den Wohnungsbau verwendet wird. Schließlich ist auch noch der Gedanke aufgetaucht, alle von dem Wohnungsausschuß empfohlenen Geldquellen zu erschöpfen, das ganze Geld aber für allgemeine Zwecke der Stadt zu verwenden. Für den Wohnungsbau würde man jährlich nur etwa 3 Millionen Mark übrig haben. Dieser Gedanke wurde in seinem engen Ausmaße abgelehnt.

Die Lösung der Wohnungsfrage, mit der eine ganze Reihe anderer bedeutender Fragen zusammenhängen, muß auch weiterhin unser besten Kräfte beschäftigen und müssen alle Möglichkeiten einer Lösung auch von der breiten Masse, die ja unter der Wohnungsmangel am meisten leidet, lebhaft beachtet und daran mitgearbeitet werden. Die Beschaffung und Verwaltung der erforderlichen großen Mittel kann nur durch große, von der Allgemeinheit getragene Einrichtungen erfolgen, wenn nicht durch Überlastung an das Privatkapital der schrankenlosen Ausbeutung auch weiterhin für und vor geöffnet bleiben sollen. In erster Linie kommt daher dem zu gründenden genossenschaftlichen Wohnungsverband und zu seiner Ergänzung die ebenfalls des öfteren erwähnte Mietsteuer in Frage. Leider muß auch die Initiative unserer Behörden in diesen Fragen vollständig vernichtet werden und ist es Pflicht der beschreibenden Körperschaften, sich einmal eingehend mit der Lösung des Wohnungsproblems zu beschäftigen.

Die Beamten von Hohenstein und Umgebung schlossen sich nach einem Vortrage über die Tätigkeit des Beamtenbundes der Freien Stadt zu einer Ortsgruppe dieser Organisation zusammen. In der Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Lehrer Neumann, 2. Vorsitzender: Lehrer Kasper, 3. Vorsitzender: Lehrer Buchholz-Hohenstein, 4. Vorsitzender: Politischer Beamter Hohenstein. Die gebildete Ortsgruppe nahm folgende Entschlossenung an: Die Mitglieder der Ortsgruppe der Ortsgruppe Hohenstein des Beamtenbundes im Freistaat ist geschlossen auf dem Standpunkt, daß für das ganze Gebiet der Freien Stadt Tansig nur eine Ortsgruppe gerechtfertigt ist und erwartet von der Bundesleitung eine tatkräftige Vertretung dieses Gedankens.

Milchkartenausgabe für Kinder und alte Leute.

Von Montag, den 7. Februar bis Montag, den 28. Februar erfolgt die Ausgabe der neuen Milchkarten für die nächste Woche für Kinder und alte Leute. Die genaue Ausgabestellen und Ausgabestellen sind durch gelbe Plakate, die in sämtlichen Milchverkaufsstellen anhängen, bekanntzugeben. Die Bevölkerung wird um eigenen Interesse darauf ersucht, zu den festgesetzten Ausgabestellen die Karten abgeholen, da nur so eine schnelle Abfertigung möglich ist.

Die Ausgabestellen der Milchkarten erfolgt nur gegen Vorzeigung

- 1. der neuen Hauptkarte für jede zum Bezuge einer Milchkarte berechnete Person,
- 2. der alten Milchkarte.

Rad Ablauf der Ausgabestellen in den einzelnen Ausgabestellen werden die Karten in der Hauptkarte für Kranknahrung, Waisen, Kranke, Pensionsgelder, Flügel u. in der Zeit von 8 bis 2 Uhr vormittags ausgegeben.

Falls die Milchkarte nicht abgeholt wird, erlischt dieselbe nach Ablauf eines Monats von dem Tage ab gerechnet, an dem sie in der Ausgabestelle abgeholt war.

Danzig, den 2. Februar 1921.
 Der Magistrat. 43571

Neuausruf von Petroleummarken.

Die Marken 9, 10 und 11 der Petroleummarken A, B und C werden zur Belieferung mit je 1 Liter Petroleum abgerufen. Bereits aufgeführte Marken sind in erster Linie zu beliefern.

Leuchtstoffamt. (3572)



„JUGEND“
 ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT FÜR KUNST UND LEBEN
 VERLAG DER „JUGEND“ MÜNCHEN

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Montag, den 7. Februar 1921, abends 7 Uhr
 Dauerkarten E 1. Neu einstudiert

„Comtesse Wucherl“
 Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schöthan und Franz Koppel-Greif

Dienstag, abends 7 Uhr Dauerkarten A 2

Waldbühnen, Operette.

Mittwoch, abends 7 Uhr Dauerkarten B 2

Bettinas Perlodana Lustspiel.

Donnerstag, abends 7 Uhr Dauerkarten C 2

Waldbühnen, Operette.

Freitag, abends 7 Uhr Dauerkarten D 2

Albello

Sonntag, abends 7 Uhr Dauerkarten E 2

„Zum ersten Male „Penthesilea“ Trauerspiel.

Sonntag, nachm. 3 Uhr. Kleine Preise. Prima

Essenauer und Pringshofs Singspiel.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Plätze. Neu einstudiert: „Trautata“, Oper.

Neues Operetten Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Resiner u. Direktor Paul Hermann

Kunstleitung: Dir. Sigmund Konstadt.

Heute Montag, den 7. Februar

Anfang 7 Uhr Anfang

„Die Prinzenjagd“

Operette in 3 Akten von Fritz Grünbaum u. Hans Reichert.

Musik von Ludwig Friedmann.

Morgen Dienstag, den 8. Februar

„Prinzenjagd“

Vorverkauf findet tagl. v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt.

Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen: Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Rauschen verboten.

Kasseneröffnung 6 Uhr.

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

3574

Stark. Arbeitsstich
 billig zu verkaufen. Knauer, Balthasar-Kammern, gegenüber Friedrichstraße. ||

Hochtrag. Ziege
 zu verkaufen. A. v. Flach, Ohra, Hinterweg 17. (†)

Eine starke Laube
 zu verkaufen. (†) Masas, Neue-Schickaukolonie I, II.



Berade durch den Salmiak-Behalt

ist Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver

Goldperle

anderen Marken überlegen, weil der Salmiak ein gutes und gleichzeitig mild auf die Wäsche wirkendes Waschmittel ist. Hoffmann-Bleichsoda ist die beste, weil sie Seife enthält (3338)

Fastnacht!
 Auf ins **K. K. B.**
 zum rheinischen Karneval!
 Mitwirkung der gesamten Künstlerschar! Jabel und Trubel in allen Räumen!
 Büttreden und Konfettischlacht ♦ Kostüm- und Kappenfest ♦ 2 Kapellen

Freigeld-Freiland-Schriften

Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld	2.60
Internationale Valuta-Assoziation	4.—
Das praktische Finanz- u. Wirtschaftsprogramm	1.20
Mein Weg zur Arbeiterpartei	0.75
Troiche und der Einsturz	0.75
Freiland-Fibel	1.10
Freigeld-Fibel	1.10

empfehlen
Buchhandlung Volkswacht
 Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Volkspflege
 Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
 Rein Polizeiverfall.
 — Sterbekasse. —
 Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder
 Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
 Rechnungsstelle 16 Danzig
 Bruno Schmidt, Wattenbuden 35.

Keine Brennstoffnot!
Stubbenholz 1a
 Eichen und Kiefer in Scheunen lagernd, empfiehlt ein Zentner Mk. 13.— ab Lager
Wilm. Prillwitz,
 Am Trumpport 7 (Nähe Wallplatz).
 Es kommt nur Holz zum Verkauf, welches bis ca. 6 Wochen in trockenen u. luftigen Scheunen lagert!